

20. Wahlperiode



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für die Angelegenheiten der  
Europäischen Union

## **Kurzprotokoll** der 35. Sitzung (öffentlich)

Die Sitzung ist in der Mediathek abrufbar.

### **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

Berlin, den 29. März 2023, 16:00 Uhr

Europasaal (PLH Saal 4.900)

Vorsitz: Dr. Anton Hofreiter, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 3**

Unterrichtung durch die Bundesregierung über die  
Wasserstoffstrategie der Europäischen Union



### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Andres, Dagmar <b>Baradari, Nezahat *)</b> Funke, Fabian <b>Glöckner, Angelika *)</b> <b>Juratovic, Josip *)</b> <b>Nürnberg, Jörg *)</b> <b>Petry, Christian *)</b> <b>Schäfer (Bochum), Axel *)</b> <b>Schraps, Johannes *)</b> <b>Tausend, Claudia *)</b> <b>Töns, Markus *)</b>	Breymaier, Leni Coße, Jürgen Fäscher, Ariane Hakverdi, Metin Hellmich, Wolfgang Maas, Heiko Peick, Jens Post (Minden), Achim Stegner, Dr. Ralf Sthamer, Nadja Vontz, Emily Zorn, Armand
CDU/CSU	<b>Brinkhaus, Ralph *)</b> Bury, Yannick Klein, Dr. Ottilie <b>Krichbaum, Gunther *)</b> <b>Kuban, Tilman *)</b> Ploß, Dr. Christoph Radwan, Alexander <b>Santos-Wintz, Catarina dos *)</b> Scheuer, Andreas <b>Seif, Detlef *)</b> <b>Winkler, Tobias *)</b>	Abraham, Knut Friedrich (Hof), Dr. Hans-Peter Hardt, Jürgen Heilmann, Thomas Helfrich, Mark Lips, Patricia Mayer (Altötting), Stephan Rouenhoff, Stefan Schäuble, Dr. Wolfgang Staffler, Katrin Wadephul, Dr. Johann David
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Grützmacher, Sabine <b>Hofreiter, Dr. Anton *)</b> <b>Kopf, Chantal *)</b> <b>Mijatović, Boris *)</b> <b>Pahlke, Julian *)</b> <b>Sacher, Michael *)</b> Wagener, Robin	Bacherle, Tobias B. Emmerich, Marcel Grundl, Erhard Kindler, Sven-Christian Schäfer, Jamila Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang
FDP	<b>Adler, Katja *)</b> Hacker, Thomas <b>Jurisch, Dr. Ann-Veruschka *)</b> Link, Michael Georg <b>Stockmeier, Konrad *)</b>	Abel, Valentin Cronenberg, Carl-Julius Lambsdorff, Alexander Graf Lieb, Dr. Thorsten Westig, Nicole
AfD	Haug, Jochen <b>Kleinwächter, Norbert *)</b> <b>Rothfuß, Dr. Rainer *)</b> Weyel, Dr. Harald	Boehring, Peter Jacobi, Fabian Moosdorf, Matthias
DIE LINKE.	<b>Hunko, Andrej *)</b> <b>Ulrich, Alexander *)</b>	Al-Dailami, Ali Nastic, Zaklin

\*) Im Sitzungssaal anwesend.



## Tagesordnungspunkt 1

### Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Wasserstoffstrategie der Europäischen Union

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Ich eröffne hiermit die 35. Sitzung des Europaausschusses. Wir haben heute formal zwei Sitzungen. Diese Sitzung ist öffentlich. Für die Regie: Wir können jetzt mit der Übertragung beginnen. Ich möchte Sie ganz herzlich zu unserer nun öffentlichen Sitzung begrüßen. Das Thema ist die Wasserstoffstrategie der Europäischen Union. Wir freuen uns sehr, zu diesem Themenkomplex die Staatssekretärin im Bundeswirtschafts- und Energieministerium zu begrüßen, Franziska Brantner. Franziska, wir freuen uns sehr, dass du da bist. Du hast auch direkt das Wort zu diesem wichtigen, sowohl für die Überwindung der Klimakrise, als auch für die Entwicklung unseres Industriestandorts bedeutendem Thema, nämlich die Wasserstoffstrategie. Franziska, bitte.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Herzlichen Dank für die Einladung! Es ist immer ein bisschen wie heimkommen, im Europaausschuss sein zu dürfen. Von daher freue ich mich wirklich besonders, hier sein zu können und dann auch zu einem, wie ja gerade schon gesagt wurde, sehr relevanten Thema. Also, ich hole jetzt etwas aus und durchaus auch zu mehreren Aspekten des Themas. Und dann gibt es bestimmt zig Rückfragen, wie ich diesen Ausschuss kenne. Ich werde dann darauf gerne eingehen. Ich brauche es nicht zu sagen, sondern es ist eigentlich evident, dass für ein klimaneutrales, aber auch resilientes und industriell an der Spitze stehendes Europa die Frage von Wasserstoff ganz essentiell ist. Damit wurde zum Glück nicht erst gestern angefangen, sondern es gab die erste, von der europäischen Ebene vorangebrachte Wasserstoffstrategie durch die Europäische Kommission im Jahr 2020. Im gleichen Jahr hat dann auch Deutschland darauf aufbauend die erste nationale Wasserstoffstrategie veröffentlicht. Das heißt, es gab eigentlich schon immer ein gutes Hand-In-Hand-Arbeiten zwischen dem, was auf nationaler Ebene passiert und was auf europäischer Ebene passiert. Es ist klar, dass wir mit Blick auf den Markthochlauf von Wasserstoff noch nicht am Ende der Fahnenstange sind. Also, da geht auch noch einiges, da ist noch Luft nach oben. Wir sind aber trotzdem der Ansicht, dass sich gerade wirklich sehr

viel bewegt. Sowohl mit Blick auf das, was in der Industrie passiert, als auch was von staatlicher Seite und international passiert. Wir sind deswegen jetzt in einer sehr wichtigen Phase, in der wir sowohl unsere nationale Wasserstoffstrategie gerade überarbeiten, aber auch auf europäischer Ebene viel passiert. Ich möchte gerade mit Blick auf die EU-Ebene auf die regulatorischen Fragen eingehen, weil die sehr relevant sind mit Blick auf die Klarheit für den Markthochlauf. Viele verweisen immer auf den *Inflation Reduction Act* und verweisen da auf das Geld. Aber auch relevant ist, dass der *Inflation Reduction Act* de facto auch eine Regulatorik beim Wasserstoff beinhaltet, also über die Stufen. Deswegen ist es auch für uns richtig relevant, dass wir da jetzt vorankommen mit einheitlichen Kriterien europaweit. Es geht um zentrale Rechtssetzungsakte als auch delegierte Rechtsakte. Ich habe meine letzten zwei Tage in Brüssel verbracht und uns ist immerhin ein Schritt dabei gelungen. Es ging hier etwas in der Berichterstattung unter, die national ja eher geprägt war durch einen Koalitionsausschuss. Es waren eigentlich die *good news* des Tages, dass es gestern eine Mehrheit, eine große Mehrheit, für die generelle Ausrichtung zum Gaspaket gab. Das einzige Land, das dagegen gestimmt hat, war Ungarn. Diejenigen, die sich länger schon mit dem Thema beschäftigen, wissen auch, dass das schon etwas länger hängt. Deswegen finde ich, das sind sehr gute News, dass wir jetzt hier endlich vorankommen – auch wenn es Gas-Package heißt, hat es ganz viel mit Wasserstoff zu tun – und man hier jetzt erst mal einen Rahmen setzt, um voranzukommen. Der zweite Teil, der wird jetzt gerade in diesen Minuten noch auf EU-Ebene ab 17 Uhr im Trilog zwischen Parlament und dem Rat verhandelt – die RED (*Renewable Energy Directive*). Auch dort ist es uns gelungen, dass wir jetzt von mitgliedstaatlicher Seite eine Position haben, mit der die schwedische Ratspräsidentschaft verhandeln kann. Manche erinnern sich daran, dass es zwischen Frankreich und Deutschland auch immer wieder nicht ganz so einfach war. Deswegen finde ich, sind das erst mal, was gestern und heute jetzt vorangekommen ist, gute News, gerade auch mit Blick auf den Wasserstoff. Jetzt beginnt um 17 Uhr der Trilog. Das wird wahrscheinlich auch eine Nachtschicht, deswegen hoffe ich mal, dass die gut ausgeht. Die schwedische Ratspräsidentschaft ist aber auch bei dem Thema wirklich



sehr ambitioniert mit dabei. Dann gibt es zwei delegierte Rechtsakte. Das sind die, die im Februar rausgekommen sind zu Grünstrom-Kriterien, also den zu Green Hydrogen und dann auch den zweiten, da geht es eher um die ganzen Fragen der Berechnungsmethoden – ich weiß nicht, wen es im Detail interessiert. Aber auf jeden Fall, das sind wichtige Schritte, weil dort im Detail dann die Zertifizierungsfragen auch für die Industrie sehr relevant sind: Was wird eigentlich am Ende wie angerechnet? Es ist für uns und für die Industrie besonders wichtig, dass es hier jetzt endlich die Rechts- und Planungssicherheit gibt. Wie gesagt, ich hoffe, dass wir hier das jetzt hinbekommen. Bei RED gibt es ein übergeordnetes Ziel, wie viel soll der Ausbau der Erneuerbaren sein. Da gibt es Unterziele und ein Unterziel ist der Industrie-Bereich. Dort geht es um den Wasserstoff, um den grünen Wasserstoff. Da haben wir jetzt hoffentlich bald eine Lösung und dann kriegen wir das hoffentlich insgesamt ganz gut hin. Also das heißt, dass wir hier erst mal, finde ich, auf einem guten Weg sind. Das hing lange, aber hoffentlich kommen wir jetzt schnell voran.

Dann gibt es den zweiten Bereich, der europäisch auch bedeutsam ist. Das sind die sogenannten IPCEIs (*Important Project of Common European Interest*). Das sind die großen Industrieprojekte, die in dem Bereich Wasserstoff sind. Dort gibt es insgesamt 440 Wasserstoffprojekte aus 16 Mitgliedstaaten. Also das ist ein wichtiger Verbund. Das wissen Sie, das sind die Unternehmen, die dort an vorderster Stelle natürlich beteiligt sind und dafür aber auch staatliche Unterstützung bekommen. Es gibt vier Wellen: Das ist die Technologiewelle, die Industriewelle, drittens Infrastruktur und dann die Mobilität & Transportwelle. Die ersten zwei sind genehmigt, also die Technologiewelle plus die Industriewelle, die sind jetzt endlich durch. Wir haben dabei eine sehr aktive Rolle als deutsche Regierung, weil wir sowohl die meisten Projekte im Prozess haben – nämlich 62 von den 440 –, als auch eine koordinierende Rolle zwischen KOM und den Mitgliedstaaten haben. Das heißt – wer sich so was mal bildlich vorstellt, wie viele Projekte das sind, wie das zu koordinieren ist zwischen sehr vielen Mitgliedstaaten –, das ist auch einiges an Arbeit. Und jetzt noch der zweite Bereich mit Blick auf Gelder von europäischer Ebene: Neben den IPCEIs ist das die Euro-

pean Hydrogen Bank, die, jetzt einmal sehr analog, aufbauend auf dem deutschen H2Global auch einen Mechanismus aufbauen will zwischen Angebot und Nachfrage. Da gibt es jetzt seit ein paar Tagen ein Konzept, das die Kommission vorgelegt hat. Da geht es einerseits um Importe nach Europa und aber auch zweitens um die Unterstützung von innereuropäischem Handel. Also nicht nur von extern in die EU, sondern auch innerhalb der EU. Ich erlaube mir zu sagen, dass da die größte offene Frage, die des Geldes ist. Also, wenn man mit 800 Millionen anfängt, die Frage: Woher kommen die 800 Millionen, woher kommt das Geld? Der EU-Haushalt ist schon zigfach überbucht, aber wir hoffen, dass sich da Möglichkeiten finden lassen, um das dann entsprechend zu füllen.

Vielleicht noch einen letzten Punkt, der relevant ist mit Blick auf die Infrastruktur und die Kooperation innerhalb der EU. Wir haben hier, das haben Sie auch medial mitbekommen, gute Kooperationen in den Norden – mit Norwegen – um hier die gemeinsamen Pipeline-Anstrengungen voranzubekommen. Das haben Sie Anfang des Jahres mitbekommen. Da gab es ja auch die Reise nach Norwegen. Da ist jetzt gerade eine deutsch-norwegische Machbarkeitsstudie auf dem Weg, um hoffentlich ab 2030 spätestens auch Lieferungen nach Deutschland zu bekommen. Dann gibt es aber eine zweite in den Süden, in Kooperation mit Österreich und Italien, Richtung Nordafrika, um diesen Korridor in den Süden voranzubringen. Auch das ist für uns ein wichtiger Strang, an dem wir zusammenarbeiten. Und Sie wissen, dass es zusätzlich auch noch Gespräche mit den Südländern Spanien, Portugal, Frankreich gibt. Auch da sitzen wir dran. Es hängt etwas zusammen mit den Fragen auch dessen, was jetzt gerade in Brüssel regulatorisch verhandelt wird. Soweit mal ein kleiner Überblick dessen, was gerade europäisch zu Wasserstoff läuft und wie wir uns daran beteiligen.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, liebe Franziska. Wir kommen als Erstes zur SPD. Und auf SPD-Seite hat als Erstes die Kollegin Frau Tausend das Wort. Bitte sehr.

Abg. **Claudia Tausend** (SPD): Danke, dass Sie mir das Wort erteilen, Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Staatssekretärin, liebe Franziska, wir



freuen uns immer, wenn du bei uns zu Gast bist. Wir schätzen deine kompetenten und ausführlichen Vorträge sehr. Und du hast einige der Fragen, die ich stellen wollte, schon vorab beantwortet. Aber ich würde gerne noch mal ausholen in einem Punkt, der, glaube ich, vielleicht habe ich es überhört, nicht angesprochen wurde, nämlich der Rechtssetzungsrahmen im Gasbinnenmarkt zum Thema *Unbundling*. Da hat die Kommission eine einschlägige Haltung, nämlich noch mal eine Verschärfung der Regulierungsregelungen ohne Trennung von Fernleitungen und Feinverteilungsnetzen. Wir haben hier in Deutschland ein spezielles Problem vor allem mit den Stadtwerken, die gemeinsam mit dem VKU, aber ich glaube, auch mit großer weiterer Unterstützung, jetzt den Ausschuss im Europäischen Parlament überzeugt haben, diese Trennung beizubehalten. Deswegen würde mich interessieren, wie die Perspektiven sind für den Trilog auf der einen Seite oder ob das Thema gestern beim Energieministerrat schon angesprochen worden ist. Ein zweiter Punkt ist generell noch mal zum Thema Hochlauf der Wasserwirtschaft: Alle Initiativen sind richtig, wir unterstützen das alles, sie sind wichtig, aber der Zeitrahmen, der wäre interessant, bis wir zu einer Umsetzung kommen. Wir haben heute auch die Energieministerkonferenz der Länder. Auch da wird der Kollege, der Vorsitzende, noch mal exakt diese Frage ansprechen. Wie sind die Zeithorizonte der einzelnen wesentlichen Projekte?  
Danke.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Herzlichen Dank. Zu dem ersten Teil, das betrifft ja das Gas-Package und die Frage zum *Unbundling* dort: Deutschland war da sehr alleine mit dieser Position. Da ist eigentlich kein anderes Land wirklich an unserer Seite gewesen. Ich habe das gestern explizit nochmals als einen Punkt von uns erwähnt und es immerhin hinbekommen, dass noch ein paar andere Länder – da bin ich besonders auch Portugal dankbar – uns unterstützt haben und eben auch gesagt haben, dass sie wollen, dass die Ratspräsidentschaft in den Verhandlungen jetzt auf das EP zugeht – unsere Hoffnung liegt da wirklich auf dem Europäischen Parlament, das ja einen vernünftigen Vorschlag angenommen hat – und haben dadurch auch der Ratspräsidentschaft signalisiert, dass es am Ende mehrere Mitgliedstaaten sind, die die deutsche Position stärken und unterstützen und entsprechend

hoffentlich dann auch auf das EP mit zugehen. Es war übrigens gestern auch öffentlich. Wer Lust hat, kann sich das noch mal anschauen. Ich habe genau diesen Punkt gemacht. Ich habe nur zwei Punkte überhaupt gemacht und das war einer davon, weil das eben für uns sehr prioritär ist. Aber man muss fairerweise sagen, dass das jetzt per se eine deutsche Frage ist. Aber wir hoffen, dass wir dort auch eben über das EP das hinbekommen und haben zum Glück gestern auch noch Unterstützung von einzelnen Mitgliedstaaten bekommen. Ich möchte explizit die Portugiesen erwähnen, weil die das sehr hart dann als Punkt für sich noch gemacht haben.

Zu dem zweiten Punkt mit Blick auf die Zeithorizonte: Ein Teil davon läuft ja schon. Also diese IPCEI-Projekte, da sind ja zwei von vier schon genehmigt, die sind in der Mache. Das ist eigentlich ganz gut. Die European Hydrogen Bank: Wie viele Tage ist es jetzt her, dass der Vorschlag kam? Eine Woche ungefähr? Jetzt ist es schon wieder eine Woche. Aber da sind wir natürlich konstruktiv dran. Deswegen hoffe ich, dass das dann auch zeitnah vorankommt. Ich sage es hier ganz offen, da ist eigentlich die Ausgestaltung eher nicht das Strittige, sondern wo kommen die Gelder her! Das müssen wir einfach fairerweise dazusagen. Auch bei uns werden natürlich die Haushaltsverhandlungen relevant für die unterschiedlichen Wasserstoffbereiche, Infrastruktur, Offshore, Wasserstoff. Auch bei uns in Deutschland ist es ja eine Frage, wie viel Gelder wir dafür hoffentlich zur Verfügung stellen können. Von daher: Das läuft! Zu den einzelnen Punkten: Die Gesetzgebungsakte habe ich genannt. Gas-Package geht in den Trilog. Der hoffentlich letzte Trilog zur RED ist heute. Also ich weiß nicht, ob die den heute beenden oder vielleicht noch mal eine Runde brauchen, aber zu einem gewissen Grad ist es auch absehbar. Der *Delegated Act* – da ist immer die Frist zwei Monate – ist auch absehbar. IPCEIs laufen, Hydrogenbank kam letzte Woche, wir geben jetzt Feedback. Die bilateralen Projekte, die Machbarkeitsstudie mit Norwegen läuft auch. Wann kommt da das Ergebnis? Im Mai. Also die ist schon ausgeschrieben, die läuft schon, da kommt im Mai das Ergebnis. Wir haben im Januar angefangen. Es ist alles gut auf *Track*. Und wir machen natürlich auch national noch eine weitere Importstrategie, die wir verzahnen mit den europäischen Punkten, das heißt, auch dort gucken wir noch mal, ob wir



eigentlich alle Instrumente haben. Die Infrastruktur läuft. Die südliche Pipeline Richtung Spanien, Portugal über Frankreich, die hängt ein bisschen an diesen RED-Ergebnissen. Und sobald wir das dann haben, kommen wir dort dann hoffentlich auch voran.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank. Und damit kommen wir zur Union. Und der Kollege Tilman Kuban hat das Wort. Bitte.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU) Herr Vorsitzender, Frau Staatssekretärin, vielen herzlichen Dank! Drei Themenkomplexe von meiner Seite: Erstens, es wurde viel über die Projekte innerhalb Europas gesprochen. Mich würde interessieren, wie die strategischen Partnerschaften außerhalb Europas aussehen. Im MoU mit der Ukraine ist eine angekündigt worden. In Japan ist jetzt im Energiedialog wieder eine strategische Wasserstoffpartnerschaft angekündigt worden. Ägypten, Namibia, es gibt ja unzählige. Vielleicht könnten wir einen kleinen Überblick darüber bekommen, was an konkreten Maßnahmen schon in Aussicht gestellt ist. Der zweite Themenkomplex betrifft die Hydrogenbank, die ja nun – wenn ich das richtig verstanden habe – im Herbst dieses Jahres die erste Auktion zeichnen will, mit 800 Millionen Euro. Wenn ich es richtig verstanden habe, soll der Gewinner, der diesen (Zuschlag) bekommt, eine feste Prämie pro Kilogramm bekommen. Ob das Ganze vergleichbar ist – aus Sicht der Bundesregierung – mit der Produktionssteuergutschrift, die im IRA (*Inflation Reduction Act*) vorgesehen ist oder wo die Unterschiede liegen, da würde mich die Einschätzung interessieren. Der dritte Punkt wäre – ursprünglich war ja mal geplant bei der Frage der Wasserstoffinfrastruktur und dem Aufbau der Märkte auf Zielrichtung 2030 auszugehen, jetzt hat sich im Trilog 2035 herauskristallisiert –, inwieweit das aus Sicht des BMWK oder der Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den USA schmälert, weil es eben im *Inflation Reduction Act* durchaus ein bisschen mehr Tempo gibt. Vielen Dank.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Also zu dem ersten Punkt, den strategischen Partnerschaften: Die sind nicht immer identisch vom Inhalt her. Also wenn wir mit Japan reden, geht es nicht darum, dass wir aus Japan Energie importieren,

sondern da geht es darum, gemeinsam Technologien voranzubringen. Kawasaki zum Beispiel ist extrem aktiv in dem Bereich. Also da geht es eher um Industriekooperationen unserer jeweiligen Unternehmen mit ihren Stärken und Kooperationen in Drittmärkten, etc. Das ist was anderes, als mit Namibia, wo es wirklich darum geht, zu gucken, dass wir das vor Ort, für die namibische Industrie, Wirtschaft, Bevölkerung, aufbauen und dann auch noch für den Export ermöglichen. Und dann gibt es Länder wie Australien, das ist ein Mix. Da geht es darum, sowohl die Industriepartnerschaften voranzubringen als auch potenzielle Exportmöglichkeiten. Ägypten – da ist auch ein Teil dabei, auf der ägyptischen Seite zu helfen, ihre eigenen Bedarfe damit zu decken. Das ist ja auch für die Dekarbonisierung Ägyptens sehr relevant. Das ist auch dort sehr wichtig. In Anführungsstrichen bedeutet das natürlich auch, dass wir mit deutscher Technologie dabei helfen, es muss aber nicht unbedingt alles davon dann zu uns exportiert werden. Das heißt, das ist immer etwas unterschiedlich von den Ansätzen her, im Sinne von: Was ist der Schwerpunkt der Wasserstoffpartnerschaft? Aber das Gute an Wasserstoff ist ja, dass es in viel mehr Ländern dafür Möglichkeiten gibt als zum Beispiel Fossil. Und wir deswegen auch aus den Erfahrungen des letzten Jahres da auf eine Diversifizierung setzen und hoffen, dass wir am Ende ein breites Portfolio an Importmöglichkeiten haben und nicht nur auf ein, zwei begrenzt sind. Ich möchte es wirklich so sagen! Manche sagen jetzt, Frau Brantner, jetzt machen Sie so viele, mögliche Wasserstoffpartnerschaften! Wir machen das ganz bewusst, um eben nicht am Ende wieder mit ein, zwei Lieferanten zu enden und dann vielleicht den einen Stoff durch einen anderen ersetzt zu haben, aber eigentlich nicht so viel bekommen zu haben. 2030, 2035: Es gibt ja 2030-Ziele und 2035-Ziele. Also bei der RED ist das auch relevant. Das ist übrigens einer der Verhandlungspunkte, die gerade noch offen sind. Aber es gibt immer diese Stufigkeit: 2030, 2035. Also 2030 ist nicht draußen, sondern es gibt die Zwischenstufen. Und mein Eindruck ist, dass viele Mitgliedstaaten da auch selber noch zusätzlich relevante nationale Ziele haben, auch für 2030. Es ist eher eine Stufung, die wir drin haben. Man kann sich darüber streiten, ob die ambitioniert genug sind oder nicht. Wahrscheinlich könnte man es noch ambitionierter machen, aber



andererseits muss ja auch erst mal die Umsetzung klappen. Und dann zur Wasserstoffbank: Das ist eben Teil dessen, was jetzt genau besprochen wird, wie man die Ausgestaltung macht. Bei uns in dem nationalen H2Global sind es ja jeweils Auktionen, also nicht ein fester Preis, sondern es wird auktioniert. Die Überlegung von der europäischen Seite ist aber, da mit festen Prämien reinzugehen. Der Vorteil, den Deutschland hat, ist, dass es dann wiederum eine feste Perspektive für zehn Jahre gibt. Das ist eigentlich das, was die Unternehmen auch brauchen. Das ist ja ein bisschen diese Huhn-Ei-Frage. Wer springt zuerst? Bei dem H2Global, das hat ja noch die letzte Regierung auf den Weg gebracht, war der Punkt zu sagen: Wir machen als Staat den Garanten dazwischen. Und eigentlich ist es auf europäischer Ebene ähnlich. Jetzt wird geguckt, wie man es am geschicktesten ausformuliert. Das Gute ist, dass es wirklich beide Seiten hat, in der EU als auch von EU nach Deutschland oder Europa, weil wir das innerdeutsch oder innereuropäisch auf jeden Fall auch brauchen. Soweit vielleicht dazu.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank, Franziska! Damit kommen wir zur Fraktion der Grünen und Michael Sacher hat das Wort. Bitte sehr, Michael.

Abg. **Michael Sacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender! Liebe Frau Staatssekretärin, liebe Franziska! Danke für die Ausführungen bisher, die schon sehr weitreichend waren. Ich würde gerne noch zwei Fragen anschließen. Einerseits ist ja davon auszugehen oder ist auch klar, dass es am Anfang in der weiteren Strategie eine Knappheit von Wasserstoff geben wird. Gibt es da schon Strategien, wie in dieser Situation damit umgegangen wird und wie dem Rechnung getragen wird? Noch eine zweite Frage: Die Netzplanung in Deutschland, wie das angegangen wird und wie da die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern funktioniert mit dem Netzausbau für den Wasserstoff.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Darf ich eine Rückfrage stellen, damit ich sicher bin, dass ich die Frage richtig verstanden habe? Also mit Blick auf den Wasserstoffnetzausbau Richtung Frankreich, Richtung Dänemark etc.? Okay. Also, ich habe es ja angedeutet. Frankreich ist sehr relevant mit Blick auf, was kann uns erreichen, auch aus weiter südlich: Portugal, Spanien. Wir haben

eine grundsätzliche Einigung darauf, dass wir die Wasserstoffinfrastruktur farbneutral haben. Es ist egal, welche Art Wasserstoff da durch geht. Das ist wie beim Energienetz auch. Das finde ich auch richtig. Und auf der Grundlage kommen wir da jetzt auch in den Gesprächen voran. Das war bis jetzt immer noch etwas limitiert durch die Verhandlungen zur RED. Deswegen: Sobald wir diesen gordischen Knoten durchlöst, durchbrochen oder aufgelöst haben, können wir dann bei dem anderen Thema dort weiter vorankommen. Richtung Norden gibt es ja seit letztem August die Kooperation mit Dänemark, Belgien, Niederlande, UK. In dieser Esbjerg Declaration ist ja das Ziel, sogar 20 Gigawatt am Ende zu haben, was anspruchsvoll ist. Dort laufen die Kooperationen auch ganz gut. Wie gesagt, mit Norwegen noch zusätzlich. Das ist jetzt kein direkter Partner. Wir sind in Gesprächen mit Schottland, auch weil das irische Potenzial am besten über Schottland zu uns kommen kann. Da war jetzt gerade ein Kollege – übrigens gemeinsam mit dem BMBF bei der Reise – auch in Schottland, um diese Gespräche zu führen. Wir machen das in alle Richtungen, Richtung Norden, Osten, Süden, Westen, weil das Ziel natürlich sein muss, dass wir hier gemeinsam vorankommen. Das war übrigens der zweite Punkt, den ich gestern erwähnt habe mit Blick auf das Gas-Package, dass wir wirklich hoffen, dass es eine schnellere und bessere europäische Infrastrukturplanung gibt – also Koordinierung dieses Netzes – ,weil uns das wirklich dringend nötig erscheint, dass man das zügig gemeinsam angeht. Da gibt es manchmal auch ein bisschen widerstrebende Interessen. Dann gibt es die Kooperation, die jetzt gerade anfängt, mit den baltischen Ländern, die auch ein großes Interesse haben, mit uns zu kooperieren. Das ist aber noch nicht so weit wie die Nordsee. Aber das Interesse dieser Länder ist auch extrem groß. Und da gibt es ja Pipelines, die müsste man etwas reparieren. Und die Eigentümerfrage – Also gut, da gibt es noch viele Fragen, aber einfach nur mal, um das in den Raum zu stellen. Aber da sind wir noch nicht so weit wie mit Blick auf die Nordsee. Aber die Gespräche werden jetzt auch angefangen.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank. Da wir ja öffentlich sind, vielleicht für alle, die zufällig zuschauen und nicht wissen, was die berühmte RED ist: Das ist eine Erneuerbare Energien-Richtlinie auf der europäischen Ebene. Und



damit ist die FDP dran und der Kollege Stockmeier hat das Wort.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, dass Sie sich heute die Zeit nehmen für die Ausführungen und die Beantwortung der Fragen. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es ganz entscheidend, dass der ganze Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft unbedingt eine europäische Dimension hat. Ich weise darauf mantra-mäßig, auch in Ausführungen meines zweiten Ausschusses, dem für Klimaschutz und Energie, hin. Und auch immer wieder in Plenumsreden, weil immer wieder, auch hier im bundesrepublikanischen politischen Umfeld, ins Feld geführt wird, dass wir angeblich auch die Verwendung von Wasserstoff in weiß-was für staatlich vorgezeichnete Bahnen lenken müssten, weil eben angeblich so wenig davon da ist, mit dem Verweis: Dann müsste man ja Deutschland mit noch viel mehr Windrädern zudonnern. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie eben beispielsweise auf die baltischen Staaten hingewiesen haben, weil es selbstverständlich so ist, dass es Produktionspotenziale sowohl außerhalb der Europäischen Union, aber eben auch noch bei unseren europäischen Nachbarn gibt, von denen wir Deutsche als Importnation dieses Wasserstoffs auch profitieren können. Insofern wüsste ich da mal gerne – und jetzt erlauben Sie mir eine Frage, da Sie auch aus dem Haus Habeck sind, eine einer Verzahnung meiner beiden Ausschuss-Tätigkeiten – inwieweit diese Importpotenziale auch wirklich in der deutschen Energiestrategie hin zur Klimaneutralität berücksichtigt werden und ob es da dann schon noch mal Erwägungen gibt, die Verwendung von Wasserstoff auch mehr dem Markt zu überlassen, als das in meiner Wahrnehmung manchmal beabsichtigt ist. Es ist auch von gewaltigen Investitionspotenzialen die Rede. Aus Sicht der Freien Demokraten ist völlig klar, dass das nicht nur staatlich finanziert werden kann; sollte es auch gar nicht. Das ist ja nun auch wirklich ein attraktives Feld für privates Kapital. Wie schätzen Sie das ein? Besten Dank.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Wir arbeiten alle daran, alle Potenziale in Europa zu nutzen. Und wie Sie es gesagt haben, die Potenziale sind, glaube ich, wirklich auch sehr groß. Die Balten zum Beispiel könnten wesentlich mehr

Offshore produzieren, als sie selber brauchen. Die sind übrigens heute schon zwangsweise bei Wärme bei 80 Prozent Erneuerbare. Also die haben die Wärmewende schon gemacht, weil denen schon mal der Gashahn durch Putin abgedreht wurde, und dann haben sie schon mal ihre Konsequenz draus gezogen und haben gesagt, wir gehen jetzt bei unserer Wärme auf nachhaltige Wärme. Deswegen sind zum Beispiel in diesem Bereich die baltischen Länder schon weiter und deswegen werden dort bestimmt auch Potenziale sein, wo wir dann davon profitieren können. Auf jeden Fall, Herr Stockmeier, das ist eindeutig so, plus Norwegen, plus den Süden. Von daher wird es das geben. Die Frage ist: Ab wann, wie viel? Das ist, glaube ich, etwas, wo die Beschleunigung groß ist, wo auch eine große Dynamik drin ist, also auch eine positive Dynamik drin ist. Das, finde ich, muss man auch wirklich (sagen) und gibt mir Zuversicht. Und dann ist es natürlich aber trotzdem so, Herr Stockmeier, dass wir bei der Nachfrage Bereiche haben, wo wir jetzt schon wissen, dass es mit der Elektrifizierung schwierig wird. Das ist der gesamte Flugverkehr, Schiffsverkehr, Schwerlastverkehr plus einzelne industrielle Bereiche plus Stabilisierung mit Blick auf Erneuerbare, also Grundlastfragen. Das heißt, da werden wir auf jeden Fall den Wasserstoffeinsatz benötigen. Und darüber hinaus wird man sehen, ob dann die Preisfrage nicht eher für den Strom spricht, aber das, wie Sie sagen, das wird man dann am Ende sehen. Wahrscheinlich ist es immer billiger, direkt den Strom zu nehmen, als ihn noch mal umgewandelt zu benutzen, wenn man jetzt einfach mal rein ökonomisch draufschaut. Wir wissen, es gibt einzelne Bereiche, da müssen wir auf den Wasserstoff gehen, weil es bis jetzt zumindest noch keine Elektrifizierungsalternativen gibt. *Who knows*, vielleicht haben wir irgendwann ein elektrisches Flugzeug, aber ich sehe das noch nicht in so naher Zukunft, aber wer weiß, man lässt sich gerne auch überraschen. Aber das sind auf jeden Fall Bereiche, wo es prioritär zum Einsatz kommen sollte, weil es eben keine Alternativen gibt. Und in den anderen Bereichen wird am Ende der Preis entscheiden, ob es interessant ist oder nicht.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Du denkst an die Zeit?



PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Wie bitte? Ach, Entschuldigung, Verzeihung. Entschuldigung!

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Alles gut. Damit kommen wir zur nächsten Fraktion und Herr Kleinwächter hat das Wort. Bitte sehr.

Abg. **Norbert Kleinwächter** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Werte Frau Dr. Brantner, der Preis ist in der Tat ein gutes Stichwort. Und ich habe das Gefühl, dass sich bei der Wasserstoffstrategie die Bundesregierung sehr wenig Gedanken und auch die EU sehr wenig Gedanken über das tatsächliche Kosten-Nutzen-Verhältnis macht. Sie träumen da von einer klimaneutralen, resilienten, wirtschaftlich an der Spitze stehenden Wirtschaft. Und ich kann Ihnen garantieren, sie wird weder klimaneutral noch resilient noch wirtschaftlich an der Spitze stehen, auch wenn Sie davon träumen, Ägypten zu dekarbonisieren. Aber kommen wir mal ein bisschen zu den Fakten. Dieser ganze Prozesskreislauf bei einer Wasserstoffwirtschaft – Gleichstromherstellung, Elektrolyse, Kompression oder Verflüssigung, Lagerung, Transport, wieder Lagerung und Rückverstromung – sorgt für einen Wirkungsgrad von lediglich circa 20 bis 25 Prozent. Das heißt, dass Sie aus einer Kilowattstunde generierten Strom lediglich 0,25 Kilowattstunden Strom am Ende rausnehmen können. Und Wasserstoff hat ein ganz großes Problem. Es ist gasförmig und es ist wenig dicht, mit 89 Gramm pro Kubikmeter versus im Vergleich übrigens Erdgas mit 700 Gramm pro Kubikmeter. Und das zu verflüssigen, ist auch nicht ganz so einfach. Da brauchen Sie entweder 700 bar Druck oder minus 253 Grad Celsius. Sie brauchen also Hochsicherheitsanlagen, die mit hohem Energieaufwand betrieben werden, um überhaupt dieses Wasserstoffgas zu lagern, zwischenzulagern und zwischenzuspeichern. Und deswegen schließen sich gleich mehrere Fragen an dieser Stelle an: Erstens, wie schätzt die Bundesregierung den Kosten-Nutzen-Faktor ein, auch inklusive des Aufbaus der dafür notwendigen Infrastruktur? Zweitens, wie ist diese Versorgung mit Wasserstoff geplant, über Europa hinweg? Wo sollen Zwischenlagerstationen jeweils errichtet werden, wo Verdichtungs- oder Abkühlungsprozesse vorgenommen werden müssen? Und drittens, was machen Sie eigentlich, wenn sich die Sache nicht rechnet, wenn Experten wie zum Beispiel vom Leibniz-Institut oder

Herr Dr. Waniczek recht haben und dann auf die Preise kommen von 30 Cent pro Kilowattstunde pro Strom oder gar 1 Euro? Sie haben gerade die Preise genannt. Es wird sich das durchsetzen, was günstiger ist. Wie soll da die Wettbewerbsfähigkeit in Europa erhalten bleiben?

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Das war auch schon immer so, dass die AfD dann so lange spricht, dass es kaum noch Zeit zum Antworten gibt auf sehr große Fragen. Wir sehen natürlich, dass der Hochlauf für Wasserstoff auch Investitionen in die Infrastruktur und Forschung erfordert, die ja auch unterstützt werden, dass andererseits aber auch der Privatsektor sehr stark investiert in diesen Bereichen und hier enorme Wirtschaftspotenziale sind. Herr Kuban hat vorhin zu Recht auf den *Inflation Reduction Act* hingewiesen. Die chinesische Seite investiert hier genauso. Deswegen ist eher die Frage, ob wir noch die Patente und Technologien an der Spitze mit dabei haben, und dadurch auch auf dem Exportmarkt für den Rest der Welt mit führend dabei sind oder ob wir das nicht sind. Und das ist die Frage der Kosten-Nutzen-Abwägung. Schaffen wir es, dass die deutsche Industrie davon maßgeblich profitiert? Momentan sieht es ganz gut aus. Wir haben ziemlich viel Technologie in dem Bereich, sehr gute deutsche Unternehmen, die da aktiv sind, die auch in vielen anderen Ländern das jetzt schon unter Beweis stellen. Von daher ist das ein sehr erfreulicher Wettbewerb, an dem wir uns beteiligen und dadurch auch unseren Beitrag zur Dekarbonisierung bei uns und weltweit leisten. Das ist so, Herr Kleinwächter, mit deutscher Technologie wird in anderen Ländern das Klima geschützt. Es ist doch großartig, dass wir durch unsere deutsche Technologie dort einen Beitrag leisten und auch davon profitieren! Und dadurch entstehen bei uns Arbeitsplätze. Warum Sie das in Frage stellen, weiß ich nicht. Ich finde das positiv. Das ist im klassischen Sinne deutsche Exportwirtschaft. Wir haben die besten Technologien und exportieren sie. Und wir tragen unseren Beitrag dazu bei, dass das auch so bleibt. Mit Blick auf Zwischenlagerung geht es um Wasserstoffspeicher. Dazu hat die Bundesregierung auch schon eine Förderrichtlinie, die genau das im Blick hat.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank. Und damit kommen wir zur nächsten Fraktion,



die Linke, und der Kollege Alexander Ulrich hat das Wort. Alexander, bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Frau Brantner, vielen Dank! Manche Sachen haben Sie schon beantwortet. Es ist ja so, dass – wenn ich jetzt mal ein wirtschaftspolitisches Thema nehme – der Umbau der Stahlindustrie auf Wasserstoff dringend notwendig ist. Gleichzeitig gibt es trotzdem die Befürchtung, dass es im Hochlauf beim Wasserstoff auch zu Engpässen kommen kann. Wie können wir sicherstellen, dass zum einen die Investitionen, die getätigt werden in der Industrie und der Gesellschaft generell, auch gleichlaufend bedient werden können? Weil das das Allerschlimmste, das wir tun könnten, wäre, dass die Stahlindustrie – als Beispiel – sich umstellt, aber dann der Wasserstoff nicht ankommt. Der zweite Punkt ist, dass meines Erachtens die EU-Diskussion ein bisschen fehlbar ist. Die EU sagt, wir wollen bis 2030 10 Millionen Tonnen erneuerbarer Wasserstoff selbst produzieren und die gleiche Größe nochmal zukaufen, also importieren. Aber die Frage ist nicht beantwortet meines Erachtens, wo denn die ganzen erneuerbaren Energien hergestellt werden sollen in Europa. Man hat nicht gleichzeitig das Problem gelöst, wie sie denn hergestellt werden sollen, wo die vielen Windparks und so weiter entstehen. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen. Und der dritte Punkt, den ich nochmal ansprechen wollte: Ich bin jetzt kein Techniker, aber es wird immer gesagt, man könnte diese Teile der Gasinfrastruktur auch für Wasserstoff nutzen, aber nicht gleichzeitig. Uns fehlt ein Enddatum, wann wir dann aus dem fossilen Gas aussteigen wollen. Das wäre aber dringend notwendig, um die Planungen vorzubereiten, was die Infrastruktur angeht. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen. Und die Umweltverbände kritisieren auch ein bisschen was an den Paketen, zum Beispiel auch die 5-Prozent-Beimischung von Wasserstoff in die Gasnetze. Wurden auch solche Themen im Ministerrat besprochen?

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Zu der Frage, wie klappt das eigentlich mit der Gleichzeitigkeit, also die Nachfrage, dass die Stahlindustrie dort alles umgebaut hat und es dann aber gar keinen Wasserstoff-Input gibt: Das ist ja die Frage. Diese Gleichzeitigkeit versuchen wir durch unsere Instrumente zu garantieren, zum Beispiel H2Global, was genau diesen Ansatz hat, dass man weiß,

wie viel kommt zu welchem Zeitpunkt und dadurch auch die Möglichkeiten hat, damit zu planen. Dort sind Zeitläufe festgelegt und an denen können sich dann jene, die das dann einkaufen, auch orientieren. Also man hat dadurch Zeitrahmen festgelegt für Anbieter und Abnehmer. Das ist übrigens auch auf der europäischen Ebene der gleiche Gedanke – da sind es jetzt 800 Millionen, nicht so viel, aber trotzdem, das ist auch ein relevanter Anfang – wo die Anbieter und die Abnehmer zusammen hinkommen. Also das ist ein bisschen der Unterschied zu dem H2Global. Man hatte bei den Abnehmern nicht noch einen Auktionsmechanismus drin, sondern die kommen schon mit dazu. Da ist dann wirklich die Gleichzeitigkeit vorgegeben. Also die kommen dann schon zusammen und sagen, ich biete es an und der Unternehmer sagt: Und ich nehme es. Dadurch wird das wirklich auch *in sync*, Herr Ulrich, und geht es einfach gleichzeitig. Die müssen sich finden und dann kriegen sie die finanzielle Flankierung dafür. Bei der Frage, woher kommt denn der Wind: Einen Teil habe ich schon geantwortet. Herr Stockmeier hatte ja auch schon gefragt. Wir haben es bei den Balten. Wir haben also wirklich in sehr vielen Ländern innerhalb der EU-Möglichkeiten. Darüber hinaus: Was wir hier gemacht haben, ist nicht, festzulegen, welches Land das jetzt sein wird. Sondern wir legen die Kriterien fest und dann wird das genommen, was am billigsten ist. Also das geht dann nach dem Preis. Das ist ein Marktmechanismus. Und das finde ich auch den richtigen Ansatz, zu sagen mit Blick auch auf Nachhaltigkeit, wie grün es sein muss, was die Kriterien sind. Dann gibt es Angebote, die aus unterschiedlichen Regionen kommen können. Und dann nehmen wir das dort, wo es uns am wenigsten kostet, oder besser die Unternehmen dann am wenigsten kostet. Bei den Pipelines: Sie haben gesagt, Beimischung geht nicht. Doch, Beimischung geht, das ist eher eine Frage, ob man es will. Vielen Dank.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielleicht für die Menschen, die zuschauen: Es ist so, dass jede Fraktion – wir haben hier sechs Fraktionen im Ausschuss – ein bestimmtes Zeitkontingent hat, so ein bisschen orientiert an der (Größe) und dieses Zeitkontingent gemeinsam für Anmerkende und die Antwortende ist. Das heißt, je länger die Abgeordneten fragen, desto kürzer kann die



Staatssekretärin in diesem Fall antworten. Im theoretischen Fall, wenn jemand vier Minuten fragen würde, wenn er vier Minuten Zeitkontingent hat, bekommt er gar keine Antwort mehr. Das erklärt es sozusagen. Das soll einfach dazu dienen, dass die Möglichkeiten für Fragen und Antworten gerecht verteilt sind unter den sechs Fraktionen. Jetzt haben wir noch ein paar Minuten. Es hat sich noch Christian Petry gemeldet. Christian, du hast das Wort. Dann würde ich noch Wortmeldungen entgegennehmen, wer sich noch melden würde. Als nächstes hat sich Ralf Brinkhaus gemeldet und dann noch Chantal Kopf. Sie haben die Möglichkeit, sich einfach frei zu melden. Christian, du hast das Wort. Wir gehen jetzt auf drei Minuten gemeinsam.

Abg. **Christian Petry** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Frau Staatssekretärin, liebe Franziska, das freut mich, dass wir in diesem Rollenspiel oder in diesen Rollen uns hier treffen, um über das wichtige Thema Wasserstoff – für mich ist Transformation genauso wichtig, oder ein Bestandteil davon – zu reden. Das ist auch Kern meiner Frage. In meinem schönen Bundesland Saarland gibt es ein großes Transformationsprojekt, nämlich das größte europaweit zurzeit, mit 3,5 Milliarden Euro hinterlegt. Dort geht es um die Transformation einer ganzen Branche in einem Land – der Stahlbranche – und dort geht es um die deutsch-französische Kooperation. Bruno Le Maire und Olaf Scholz, damals als Finanzminister, haben auch mit dem Wirtschaftsminister – Bruno Le Maire ist ja beides – Altmaier die Kooperation vereinbart. Da geht es um die Energiegewinnung, Umsetzung auf der Carlinger Chemieplattform und dann die Verwendung im Stahlbereich im Saarland. Natürlich wird das auch mit Importen notwendig sein. Wir wissen, dass wir immer Importland bleiben und es nicht dort selbstständig herstellen können. Meine Frage ist: Nach dem, was jetzt auch in der EU als Gaspaket, Energiestrategie verabschiedet wurde, wie sieht es mit dem bilateralen Zusammenarbeiten – etwa Deutschland und Frankreich – in diesem Bereich aus? Es gibt ja auch im Rheintal ähnliche Bestrebungen in der Nachfolge von Fessenheim einiges zu beantworten. Das wäre meine erste Frage. Die zweite Frage und noch eine Anmerkung zu Kommentaren von eben: Wenn man natürlich Technologiesprünge und -fortschritte nicht einpreist,

kommt man manchmal zu seltsamen Betrachtungsweisen. Ich weiß, als die Windräder kamen: Zu teuer, kann man nie bezahlen! Ich weiß, als die Photovoltaik kam: Zu teuer, wird unbezahlbar! Und auf der Strecke, mit Fortschritten und stärkerer Nutzung, ist dort ein ganz anderes Preisgefüge entstanden. Sieht man diese Entwicklung auch bei Wasserstoff, bei Wasserstoffentwicklungen im Wirtschaftsministerium? Ich will es mal dabei belassen. Ich hätte noch ganz viele Fragen, aber dann ist keine Zeit mehr.

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Herzlichen Dank, Christian. Im Saarland entsteht ein ganz tolles Projekt. Es ist übrigens auch toll, wie das durch die dortige Regierung mitgetragen wird. Das ist wirklich, finde ich, vorbildlich. Die Frage Gaspaket: Es ist noch nicht ganz final fertig, es ist noch im Trilog, aber wir sind einen Schritt weiter in der bilateralen Kooperation mit Frankreich. Also erstens gibt es auch IPCEI-Projekte, wo es die Kooperation natürlich gibt. Das ist einer der Bereiche, wo es die Zusammenarbeit gibt. Dann gibt es die Frage der Infrastruktur. Das ist die Pipeline-Frage. Da gibt es eine Grundsatzeinigung und für die nächsten Schritte kommen wir jetzt hoffentlich danach dann auch voran. Das war nicht immer ganz einfach, weil es eben die Frage gibt, inwieweit nuklear gleichgesetzt werden kann mit erneuerbarem Wasserstoff. Wir haben von Anfang an gesagt, die Pipelines sind farbneutral, also du kannst es den Molekülen nicht ansehen. Da geht es um die Zertifizierungsfrage. Und ich habe aber den Eindruck, dass wir jetzt auf einem guten Weg sind und das bald geeint bekommen. Und dann werden auch die Infrastruktur-Fragen leichter.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank. Damit als nächstes die Union und der Kollege Ralph Brinkhaus hat das Wort. Bitte sehr.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank für den Besuch heute. Ganz herzlichen Dank für die umfangreiche Auskunft. Eine Feststellung, vielleicht dann auch als Frage zu beantworten: Um mal dem Bundeskanzler zu zitieren: Irgendwo fehlt mir der Wumms. Also bei grünem Wasserstoff ist es so, dass alle Regionen dieser Welt da fürchterlich ehrgeizig sind – die Vereinigten Staaten, ganz klar, aber auch Indien, Japan, Kanada –, dass auch mit einer großen politischen Verve dafür gekämpft wird, dass man da vorankommt. Dass man Technologieführer wird.



Dass man also auch mit der Technologie den Weltmarkt ausrüsten kann. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich vermisse das hier. Die Begeisterung ist irgendwie nicht da bei der Bundesregierung. Und exemplarisch dafür ist das Ergebnis von diesem sehr langen Koalitionsausschuss, den wir gehabt haben, wo dieses – der Kollege Petry hat darauf hingewiesen – Kernthema für unsere Industrie, für diesen Industriestandort, kaum eine Rolle gespielt hat. Also was wir doch wissen wollen, ist, wie Stahlindustrie, wie Zementindustrie, wie unsere ganzen großen Energiesenken in der Weiterverarbeitung, mit welcher Energie die arbeiten sollen. Und da ist bei aller Technologieoffenheit grüner Wasserstoff eine Lösung. Und wir sagen, ja, jetzt ist auf europäischer Ebene da etwas passiert. Was ist die Rolle der Bundesregierung bei dem gewesen, was da passiert ist? Was ist die Rolle der Bundesregierung – und Tilman Kuban hat es gesagt – bei der Wasserstoffbank? Was für Projekte fördern wir? Wie kriegen wir Geschwindigkeit in die ganze Sache rein? Sie haben an einer Stelle gesagt, europäisches Emissionsschutzrecht, Bundesemissionsschutzrecht, soll vielleicht nicht für Elektrolyseure, für Wasserstoff, gelten. Aber das ist insgesamt sehr, sehr wenig. Ich vermisse in dem Bereich wirklich die Begeisterung für diese ganze Sache. Vielleicht können Sie mir ja in irgendeiner Art und Weise helfen und sagen: Nee, also diese Bundesregierung ist eine Wasserstoffregierung und die tut was. Aber mir fehlt momentan noch der Glaube.

PSStn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Herzlichen Dank für die Frage. Ich möchte mal so antworten: Sie kennen es vielleicht aus Ihrer Zeit, dass man medial immer nur mitbekommt, worüber gestritten wird. Und die Dinge, worüber man sich nicht streitet, sondern wo es zwischen den drei Parteien Einigkeit gibt, dann vielleicht medial nicht so vorkommen. Das bedeutet aber nicht, dass da nichts passiert. Aber es ist wirklich so. Das ist einer der Bereiche, zum Glück, wo wir alle der festen Überzeugung sind, dass wir da sowohl mit Blick auf Klimaresilienz als auch auf unsere Industrie alles zu gewinnen haben und deswegen mit Nachdruck daran arbeiten. Sie haben gerade gefragt, welche Rolle hat die Regierung gespielt, um zu diesen Ergebnissen zu kommen, jetzt auf europäischer Ebene: Ja, eine maßgebliche! Seit Jahren ist das eine deutsch-französische Hürde – das kennen Sie auch noch. Das ist

jetzt nicht neu für diese Regierung – der unterschiedliche Umgang mit Nuklear. Ich finde das ganz schön gut, dass wir das jetzt endlich, hoffentlich, dann mal vom Tisch haben und eine Einigung hinbekommen haben. Ich habe zig Stunden meines Lebens damit verbracht, dass wir hier jetzt vorankommen. Wie gesagt, das kriegt man vielleicht nicht alles immer so mit, weil es dazu auch keinen Streit gibt. Aber eigentlich ist es einer der Bereiche, wo ich sagen würde, wir kommen da sehr zielstrebig gemeinsam voran, auch mit den internationalen Verhandlungen, mit den anderen Partnern, mit den CCfDs, diesen *Carbon Contracts for Differences*, die auch einen Teil davon finanzieren. Man muss auch sagen, dass die European Hydrogen Bank maßgeblich durch unsere deutschen Vorbilder geprägt ist und wir das maßgeblich mitgeprägt haben, wie das jetzt ausgestaltet sein wird. Vielleicht habe ich das vorher nicht deutlich genug gesagt. Es hört sich immer blöd an, zu sagen, es ist am Ende sehr deutsch-ähnlich, aber es ist sehr stark von dem geprägt, was wir mit eingebracht haben. Und wir gucken, dass wir noch mehr europäische Gelder dafür bekommen. Da würde ich Ihnen zustimmen, Herr Brinkhaus, 800 Millionen ist ein Anfang, aber das reicht noch nicht. Dafür werden wir kämpfen.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank. Und damit Chantal Kopf. Du hast das Wort. Und dann gehen wir zur namentlichen Abstimmung.

Abg. **Chantal Kopf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank auch, liebe Franziska, dass wir diesen Austausch zu diesem wichtigen Aspekt europäischer Souveränität heute hier führen können. Das ist der Grund, warum wir uns als Ausschuss brennend für das Thema interessieren. Wir waren übrigens auch kürzlich selber mit einer Delegation in Irland und konnten uns von dem großen Potenzial an Offshore-Windkraft überzeugen und von der Kooperationsbereitschaft und dem Willen dazu. Ich wollte noch mal die Frage von dem Kollegen Sacher aufgreifen, die nicht mehr beantwortet werden konnte. Es ging ja darum, dass anfangs die Menge an grünem Wasserstoff, der verfügbar ist, sehr begrenzt sein wird. Und die Frage da war, glaube ich, wie die europäische Strategie eben diesen Umstand berücksichtigen sollte. Mich würde noch konkreter interessieren, wie wir denn angesichts dieser knappen Verfügbarkeit auch sicherstellen können, dass am



Ende nicht nur die ganz großen Industriezentren Wasserstoff abbekommen. In Deutschland haben wir viele Flächenländer auch mit dezentraler, mittelständischer Industrie, die teilweise für ihre Prozesse auch Wasserstoff brauchen werden. Wie geht die Bundesregierung damit um?

PStSn **Dr. Franziska Brantner** (BMWK): Also, der eine Aspekt ist, dass wir eben die gesamte Infrastruktur farbblind ausbauen mit Blick auf den Wasserstoff. Das ist auch, glaube ich, wirklich richtig innerhalb der EU. Wir sehen, dass ein Teil des Wasserstoffs grün sein wird, dafür brauchen wir auch ambitionierte Ziele. Ein Teil wird aus Nuklearstrom kommen. Und dann wird es auch sicherlich, zumindest vorübergehend, den sogenannten Blauen geben, also mit CCS (*Carbon Capture and Storage*), der wahrscheinlich eher aus Norwegen am Anfang kommt, bevor dann grüner kommt. Das heißt, wir werden am Anfang einen Mix haben. Wahrscheinlich kommen Teile des Grünen zuerst, bevor die Pipelines aus

Norwegen dann *ready* sind. Wie kriegen wahrscheinlich grünen Ammoniak zuerst. Aber die Frage ist natürlich die der ausreichenden Mengen und da ist klar, es wird ein Mix sein. Deswegen ist es wirklich wichtig, dass wir auf EU-Ebene sagen, die Infrastruktur ist farbenblind, die bauen wir insgesamt auf und dass wir jetzt eben dann hoffentlich auch die Frage der unterschiedlichen Anerkennungsfragen gelöst bekommen. Wir fördern im Rahmen der *Carbon Contracts for Differences*, die Förderrichtlinie ist ja noch nicht fertig, aber der Vorschlag, wie wir ihn jetzt haben, ist, dass wir grün stärker finanziell fördern, aber blau auch. Und das ist auch, denke ich, mit Blick auf die Klimaneutralität ein richtiger Schritt. Natürlich muss perspektivisch am Ende die Balance in Richtung Grün gehen.

Vorsitzender **Dr. Anton Hofreiter**: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Damit schließe ich die öffentliche Sitzung.



Schluss der Sitzung: 16:58 Uhr

gez.

Dr. Anton Hofreiter, MdB  
**Vorsitzender**